

schaft zum Zusammenhang zwischen den Tätigkeiten eines Leichenumbettlers und einer PTBS ableiten. Hinsichtlich eines solchen Zusammenhangs fehle es bereits an statistisch relevanten Zahlen zur Gruppe der Leichenumbetter. Auf Studien zu Berufen, die ähnliche Belastungen mit sich bringen, wie etwa Zivil- und Militärbestatter, forensische Pathologen oder Mitarbeiter von Rettungsdiensten, könne mangels Übertragbarkeit nicht zurückgegriffen werden. Nicht ausreichend für die Anerkennung „wie eine Berufskrankheit“ sei die bloße Denkbarkeit bzw. Möglichkeit einer psychischen Belastung durch das langjährige Exhumieren, Bergen und Vermessen von Leichen und Leichenteilen.

Quelle: Pressemitteilung des LSG Berlin Brandenburg vom 12. Mai 2023

Eilantrag auf erbsenfreies Kita-Essen abgelehnt

Das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) hat mit Beschluss vom 30. Mai 2023 einen Eilantrag auf Versorgung eines Kindes mit erbsenfreien Mahlzeiten in der Kita abgelehnt, Az. VG 9 L 51/23.

Das Kind besucht eine Kita in der Stadt Fürstenwalde/Spree und wird dort ua mit Mittagessen versorgt. Das Kind leidet unter einer ärztlich bescheinigten Lebensmittelunverträglichkeit in Bezug auf Erbsen. Da die Kita erklärte, ein erbsenfreies Mittagessen nicht gewährleisten zu können, wurde im Namen des Kindes, das durch seine Eltern vertreten wird, beim Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz gestellt.

Die 9. Kammer des VG hat im Eilverfahren einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf ein erbsenfreies Mittagessen abgelehnt. Kindertagesstätten hätten die Aufgabe, eine gesunde Ernährung und Versorgung zu gewährleisten. Die qualitativen Anforderungen an die Versorgung seien im Einzelnen jedoch nicht gesetzlich geregelt. Lebensmittelunverträglichkeiten oder Allergien der Kinder seien zu berücksichtigen, wozu die Kita hier auch grundsätzlich bereit sei. Eine Versorgung des Kindes mit einer erbsenfreien Sonderkost sei jedoch nicht möglich, da es keine gesetzliche (lebensmittelrechtliche) Kennzeichnungspflicht für Erbsen gibt. Der mit der Essensversorgung beauftragte Caterer könne mangels entsprechender Kennzeichnungspflicht nicht gewährleisten, dass alle Mahlzeiten vollständig „erbsenfrei“ seien. Erbsen würden in verarbeitetem Zustand über Fertig- und Halbfertigprodukte bei der Herstellung vieler Gerichte als Zusatzstoff, Verarbeitungstoff oder Aroma verwendet. Mangels Deklarationspflicht könne nicht mit der gebotenen Sicherheit gewährleistet werden, dass das Mittagessen keine Erbsen enthalte. Den Eltern des Kindes stehe die Möglichkeit offen, dem Kind ein allergenfreies Mittagessen zuzubereiten und in die Kita mitzugeben.

Quelle: Pressemitteilung des VG Frankfurt (Oder) Nr. 6/2023 vom 31. Mai 2023

VERANSTALTUNGEN

■ 20. Landes-Anwalts-Tag Sachsen-Anhalt am 25. und 26. August 2023

Der Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Anwaltverein lädt am 25. und 26. August 2023 zum 20. Landes-Anwalts-Tag in die Lutherstadt Wittenberg ein. Es stehen die Rechtsgebiete Arbeitsrecht, Sozialrecht, Strafrecht, Familienrecht und Mietrecht auf dem Programm.

Informationen in der Geschäftsstelle unter 0340 230 1697, E-Mail lav-lsa@web.de

PERSONALIA

■ Christiane Abel leitet als Präsidentin das Amtsgericht Kreuzberg

Die 1966 in Essen geborene Christiane Abel wurde 1995 zur Richterin auf Probe in Baden-Württemberg berufen und 2000 zur Richterin am Amtsgericht ernannt. Von 2000 bis 2003 war sie an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet. 2003 wechselte Abel in die Berliner Justiz und wurde Richterin am Amtsgericht Neukölln. Nach einer Abordnung an die Senatsverwaltung für Justiz wurde sie 2007 zur Richterin am Kammergericht ernannt. 2009 bis 2011 war sie als weitere Aufsicht führende Richterin beim Amtsgericht Mitte, 2012 ist sie zur ständigen Vertreterin des Präsidenten des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg bestellt worden, dessen Vizepräsidentin sie 2013 wurde. 2018 wechselte Christiane Abel als Präsidentin an das Amtsgericht Pankow.

Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Justiz vom 29. März 2023

■ Andrea Erbslöh zur Vizepräsidentin des OVG Berlin-Brandenburg befördert

Andrea Erbslöh wurde 1963 in Hannover geboren. 1994 begann sie ihre richterliche Laufbahn bei dem VG Berlin, wo sie 1997 zur Richterin am VG ernannt wurde. 2004 bis 2006 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das BVerfG abgeordnet. 2009 wurde sie zur Vorsitzenden Richterin am VG Berlin und 2021 zur Vorsitzenden Richterin am OVG Berlin-Brandenburg befördert.

Quelle: Pressemitteilung des OVG Berlin-Brandenburg Nr. 14/2023 vom 1. Juni 2023

■ Andreas Grimm zum Vizepräsidenten des OLG Naumburg ernannt

Der 56-jährige Andreas Grimm ist seit 1995 als Richter in der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt tätig. Nach Stationen ua als Richter am Amtsgericht Dessau und als Richter am Oberlandesgericht Naumburg war er von 2013 bis 2018 Vizepräsident des Landgerichts Halle und seit 2018 Vorsitzender Richter am OLG Naumburg. Als neuer Vizepräsident des Oberlandesgerichts Naumburg tritt Andreas Grimm die Nachfolge von Michael Braun an, der in den Ruhestand gewechselt ist.

Quelle: Pressemitteilung des Justizministeriums Sachsen-Anhalt Nr. 21/2023 vom 8. Juni 2023

■ Prof. Dr. Ann-Marie Kaulbach zur Professorin an Viadrina berufen

Die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) hat Prof. Dr. Ann-Marie Kaulbach zur Professorin für Bürgerliches Recht und Digitalisierung an der juristischen Fakultät ernannt. Die Juristin hat sich 2021 mit einer Arbeit zum Thema „Grundlegung einer Methode zur Gestaltung notarieller und anwaltlicher Verträge im Zeitalter der Digitalisierung“ an der Universität zu Köln habilitiert.

Quelle: Pressemitteilung der Europa-Universität Viadrina Nr. 73/2023 vom 1. Juni 2023